

141 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt am 12. 4. 1995

Regierungsvorlage

VERTRAG

zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik über die Ergänzung des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 und die Erleichterung seiner Anwendung

Artikel I

(Zu Artikel 1 des Übereinkommens)

(1) Sofern in diesem Vertrag nichts anders bestimmt wird, wird Rechtshilfe auch für Verfahren wegen strafbarer Handlungen geleistet, deren Bestrafung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, in einem der beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit eines Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit einer Verwaltungsbehörde fällt. Für die Rechtshilfe durch Zustellung ist es nicht erforderlich, daß im ersuchten Vertragsstaat eine Justiz- oder Verwaltungsbehörde zur Verfolgung zuständig ist.

(2) Die auf Grund des Absatzes 1 erbetene Rechtshilfe kann abgelehnt werden, wenn die Tat keine oder nur unbedeutende Folgen nach sich gezogen hat und der mit der Leistung der Rechtshilfe verbundene Aufwand im Verhältnis zu der im ersuchenden Vertragsstaat zu erwartenden Strafe nicht gerechtfertigt wäre.

Artikel II

(Zu Artikel 1 des Übereinkommens)

Das Übereinkommen und dieser Vertrag werden auch angewendet

- a) in Angelegenheiten der Wiederaufnahme des Verfahrens;
- b) in Gnadsachen;
- c) in Verfahren über Ansprüche auf Entschädigung für ungerechtfertigte Haft, andere durch ein Strafverfahren entstandene Nachteile oder für ungerechtfertigte Verurteilung, soweit nicht Bestimmungen anderer internationaler Vereinbarungen anzuwenden sind.

Artikel III

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

(1) Rechtshilfe wird im Rahmen von Artikel I auch in Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel geleistet. Die Rechtshilfe darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Vertragsstaates keine Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder keine Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel derselben Art wie das Recht des ersuchenden Vertragsstaates enthält.

(2) Die nach den Vorschriften der Vertragsstaaten bestehenden Geheimhaltungspflichten in fiskalischen Angelegenheiten gemäß Absatz 1 stehen der nach diesem Artikel zu leistenden Rechtshilfe nicht entgegen. Umstände oder Tatsachen, die den Justiz- oder Verwaltungsbehörden eines Vertragsstaates im Zusammenhang mit einem Rechtshilfeersuchen bekannt werden, unterliegen der nach den Vorschriften dieses Vertragsstaates in fiskalischen Angelegenheiten bestehenden Geheimhaltungspflicht.

Artikel IV

(Zu Artikel 3 des Übereinkommens)

(1) Gegenstände oder andere Vermögenswerte, die aus der mit Strafe bedrohten Handlung herühren oder durch diese erlangt worden sind, werden zum Zwecke der Aushändigung an den Geschädigten übermittelt, sofern dies nach der Rechtsordnung des ersuchenden Vertragsstaates zulässig ist und nicht

- a) die unmittelbare Übergabe an den Geschädigten oder einen durch diesen Beauftragten möglich ist,
- b) die Gegenstände im ersuchten Vertragsstaat als Beweisstücke für ein bei einem Gericht oder einer Verwaltungsbehörde anhängiges Verfahren benötigt werden,
- c) hinsichtlich der Gegenstände im ersuchten Vertragsstaat die Einziehung oder der Verfall tatsächlich ausgesprochen wird oder
- d) Dritte Rechte an ihnen geltend machen.

(2) Für ein Ersuchen nach Absatz 1 ist eine richterliche Anordnung der Beschlagnahme nicht erforderlich.

(3) Ein Zollpfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Vertragsstaat bei der Übermittlung von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückgabe nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die betreffende Abgabe selbst schuldet.

Artikel V

(Zu Artikel 4 des Übereinkommens)

(1) Den Vertretern der am Strafverfahren beteiligten Behörden sowie den sonstigen Beteiligten und ihren Rechtsbeiständen wird auf Ersuchen die Anwesenheit bei der Vornahme der Rechtshilfehandlungen im ersuchten Vertragsstaat gestattet. Sie können ergänzende Fragen oder Maßnahmen anregen. Artikel 12 des Übereinkommens findet sinngemäß Anwendung.

(2) Zur Tätigkeit der Behördenvertreter des anderen Vertragsstaates gemäß Absatz 1 bedarf es in der Republik Österreich der Zustimmung des Bundesministeriums für Justiz, in der Slowakischen Republik der Zustimmung der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik oder des Justizministeriums der Slowakischen Republik.

Artikel VI

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

Rechtshilfe durch Beschlagnahme von Gegenständen oder Durchsuchung wird nur geleistet, wenn zur Verfolgung der dem Ersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlung in dem Zeitpunkt, in dem um Rechtshilfe ersucht wird, im ersuchten Vertragsstaat eine Justizbehörde zuständig wäre.

Artikel VII

(Zu Artikel 6 des Übereinkommens)

Auf die Rückgabe der in Artikel 3 Absatz 1 des Übereinkommens erwähnten Gegenstände oder Schriftstücke wird keinesfalls verzichtet, wenn Dritte, die Rechte an ihnen geltend machen, dem Verzicht nicht zustimmen.

Artikel VIII

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Artikel 10 Absatz 2 des Übereinkommens findet auf alle Fälle der Vorladung eines Zeugen oder Sachverständigen Anwendung. Diese Personen können selbst einen Vorschuß nach Artikel 10 Absatz 3 des Übereinkommens verlangen.

Artikel IX

(Zu Artikel 11 und 12 des Übereinkommens)

(1) Gestattet der ersuchte Vertragsstaat die Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Vertragsstaates in Haft befindlichen Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens, so hat er sie für die Dauer ihres Aufenthalts in seinem Hoheitsgebiet in Haft zu halten und sie nach Vornahme der Rechtshilfehandlung dem ersuchenden Vertragsstaat unverzüglich wieder zu überstellen, sofern nicht dieser die Freilassung verlangt.

141 der Beilagen

3

(2) Gestattet ein dritter Staat die Anwesenheit einer im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaates in Haft befindlichen Person bei der Erledigung eines Rechtshilfeersuchens, so gelten für die Beförderung dieser Person durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates die Absätze 2 und 3 des Artikels 11 des Übereinkommens.

(3) Die Bestimmungen des Artikels 12 des Übereinkommens sind auf die in den vorstehenden Absätzen 1 und 2 erwähnten Fälle anzuwenden.

Artikel X

(Zu Artikel 13 des Übereinkommens)

Der ersuchte Vertragsstaat übermittelt von den Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates für Zwecke der Strafrechtsplege erbetene Auskünfte aus dem Strafregister in dem Umfang, in dem seine Polizeibehörden sie in ähnlichen Fällen erhalten könnten. Auskünfte über getilgte (gelöschte) Eintragungen werden keinesfalls erteilt.

Artikel XI

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) In Zustellersuchen wird bei den Angaben über den Gegenstand und den Grund des Ersuchens auch die Art des zuzustellenden Schriftstückes sowie die Stellung des Empfängers im Verfahren bezeichnet.

(2) Einem Ersuchen um Durchsuchung oder Beschlagnahme von Beweisstücken oder Schriftstücken wird eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der richterlichen Anordnung beigefügt. Kann einem solchen Ersuchen keine Ausfertigung einer richterlichen Anordnung beigefügt werden, so genügt die Erklärung der zuständigen Justizbehörde, daß die für die Maßnahme erforderlichen Voraussetzungen nach dem im ersuchenden Staat geltenden Recht vorliegen.

Artikel XII

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

(1) Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, können die Justizbehörden der beiden Vertragsstaaten unmittelbar miteinander verkehren. Rechtshilfeersuchen der slowakischen Justizbehörden werden den Gerichten der Republik Österreich übermittelt; Rechtshilfeersuchen der österreichischen Justizbehörden werden, wenn bereits Anklage erhoben worden ist, den Gerichten, sonst den Staatsanwaltschaften der Slowakischen Republik übermittelt. Die Vermittlung durch das Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich einerseits und durch die Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik oder das Justizministerium der Slowakischen Republik andererseits wird dadurch nicht ausgeschlossen.

(2) Ersuchen um Vornahme einer Durchsuchung oder Beschlagnahme, um Übermittlung von Gegenständen, um Überstellung oder Durchbeförderung in Haft befindlicher Personen werden durch das Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich und durch die Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik oder das Justizministerium der Slowakischen Republik übermittelt. In dringenden Fällen ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Justizbehörden zulässig, jedoch wird überdies eine Abschrift des Ersuchens auf dem in Satz 1 dieses Absatzes vorgesehenen Weg übermittelt.

(3) An andere Personen als den Beschuldigten zuzustellende Schriftstücke können auch unmittelbar durch die Post nach den für den Postverkehr geltenden Vorschriften übermittelt werden. Im Postweg übermittelte Schriftstücke, deren Zustellung nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag nicht zulässig wäre, gelten in beiden Vertragsstaaten als dem Empfänger nicht zugekommen.

(4) Die im Artikel X dieses Vertrages erwähnten Ersuchen werden durch das Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich einerseits und durch die Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik andererseits übermittelt und auf demselben Weg beantwortet. In dringenden Fällen ist der unmittelbare Verkehr zwischen den Polizeibehörden und den zuständigen Strafregisterbehörden zulässig.

(5) In Anwendung dieses Vertrages können von den Justizbehörden zweisprachige Formblätter verwendet werden.

Artikel XIII

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Übersetzungen von Ersuchen, die nach diesem Vertrag gestellt werden, sowie von beigefügten Unterlagen werden, soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, nicht angeschlossen.

(2) Den zuzustellenden Schriftstücken ist eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates anzuschließen, die von einem amtlich bestellten Dolmetscher mit Sitz in einem der Vertragsstaaten angefertigt und beglaubigt ist. Eine Beglaubigung der Unterschrift des Dolmetschers ist nicht erforderlich.

(3) Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates versehen, so hat sich das ersuchte Gericht darauf zu beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstückes an den Empfänger zu bewirken, wenn dieser zur Annahme bereit ist.

(4) Schriftstücke, die nach Artikel XII Absatz 3 dieses Vertrages unmittelbar im Postweg zugeschickt werden, ist in jedem Fall eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates anzuschließen. Ist das zuzustellende Schriftstück nicht mit einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Vertragsstaates versehen, so gilt die Zustellung in beiden Vertragsstaaten als nicht bewirkt. Bei der Zustellung an eigene Staatsangehörige kann auf Übersetzungen verzichtet werden.

Artikel XIV

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

Die durch die Übermittlung von Gegenständen zum Zwecke der Aushändigung an den Geschädigten (Artikel IV) und durch die Überstellung oder Durchbeförderung in Haft befindlicher Personen (Artikel IX) entstandenen Kosten werden vom ersuchenden Vertragsstaat erstattet.

Artikel XV

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Auf Grund einer nach Artikel 21 des Übereinkommens übermittelten Anzeige zur Strafverfolgung werden die zuständigen Behörden nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des ersuchten Vertragsstaates ein Strafverfahren in derselben Weise einleiten wie bei einer im eigenen Staatsgebiet begangenen strafbaren Handlung. Sind im ersuchten Vertragsstaat für Verfahren wegen Handlungen gegen fremdes Vermögen nicht die Justizbehörden zuständig, so leiten sie die Anzeige an die zuständige Verwaltungsbehörde weiter. Der Schriftverkehr nach Artikel 21 des Übereinkommens findet zwischen den Staatsanwaltschaften der Republik Österreich einerseits und der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik andererseits statt.

(2) Die zuständigen Behörden des Tatortstaates werden im Einzelfall prüfen, ob eine Anzeige nach Artikel 21 des Übereinkommens im Interesse der Wahrheitsfindung, aus anderen für das Strafverfahren wichtigen Gründen, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Beschuldigten geboten ist.

(3) Der Beurteilung von Verkehrsstraftaten sind im ersuchten Vertragsstaat die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zugrunde zu legen.

(4) Ein zur Einleitung des Strafverfahrens notwendiger Antrag oder eine solche Ermächtigung, die in dem ersuchenden Vertragsstaat vorliegt, ist auch im ersuchten Vertragsstaat wirksam; nur nach der Rechtsordnung des ersuchten Vertragsstaates erforderliche Anträge oder Ermächtigungen können innerhalb einer von den zuständigen Behörden dieses Vertragsstaates zu bestimmenden angemessenen Frist nachgeholt werden.

(5) Die Anzeige hat eine kurze Darstellung des Sachverhalts sowie möglichst genaue Angaben über die beschuldigte Person, ihre Staatsangehörigkeit und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort zu enthalten. Ihr werden beigefügt:

- a) die Akten in Urschrift oder beglaubigter Abschrift (Kopie) sowie in Betracht kommende Beweisgegenstände;
- b) eine Abschrift der Bestimmungen über den Tatbestand und die Strafe, die nach der Rechtsordnung des Vertragsstaates, in dem die Tat begangen worden ist, anwendbar sind, sowie bei Verkehrsstraftaten außerdem eine Abschrift der für die Beurteilung maßgebenden Verkehrsregeln;
- c) Erklärungen des Geschädigten, die zur Einleitung des Strafverfahrens erforderlich sind.

141 der Beilagen

5

(6) Die Gegenstände und die urschriftlichen Unterlagen werden dem ersuchenden Vertragsstaat sobald wie möglich zurückgegeben, soweit er auf die Rückgabe nicht verzichtet. Rechte des ersuchten Vertragsstaates oder dritter Personen an den übermittelten Gegenständen bleiben unberührt.

Artikel XVI

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

Die Justizbehörden des ersuchenden Vertragsstaates sehen von weiteren Verfolgungs- oder Vollstreckungsmaßnahmen wegen der angezeigten Tat gegen die beschuldigte Person ab,

- a) solange der Strafvollzug ganz oder teilweise ausgesetzt oder die Entscheidung über die Bestrafung aufgeschoben ist;
- b) wenn die im ersuchten Vertragsstaat verhängte Strafe vollstreckt, erlassen oder verjährt ist;
- c) wenn aus Beweisgründen oder deshalb, weil die Tat eine strafbare Handlung nicht begründet, ein rechtskräftiger Freispruch oder eine endgültige Einstellung erfolgt ist.

Artikel XVII

(Zu Artikel 22 des Übereinkommens)

(1) Die Strafnachrichten werden mindestens einmal vierteljährlich zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und dem Justizministerium der Slowakischen Republik ausgetauscht.

(2) Jeder Vertragsstaat, der die Benachrichtigung nach Artikel 22 des Übereinkommens vorgenommen hat, übermittelt dem anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen im Einzelfall eine Abschrift der in Betracht kommenden Urteile und Maßnahmen sowie alle weiteren diesbezüglichen Auskünfte, um ihm die Prüfung zu ermöglichen, ob dadurch innerstaatliche Maßnahmen erforderlich werden.

(3) Der Schriftverkehr nach Absatz 2 findet zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich einerseits und dem Justizministerium der Slowakischen Republik andererseits statt.

Artikel XVIII

(Zu Artikel 24 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Übereinkommens gelten als Justizbehörden:

- a) für die Republik Österreich: die Strafgerichte, die Staatsanwaltschaften und das Bundesministerium für Justiz;
- b) für die Slowakische Republik: die Gerichte, die Staatsanwaltschaften, die Generalstaatsanwaltschaft und das Justizministerium;

Artikel XIX

(Zu Artikel 29 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel XX

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden in Preßburg ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Dieser Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Wege kündigt. In diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung außer Kraft. Der Vertrag tritt auch ohne Kündigung mit dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 zwischen den Vertragsstaaten des vorliegenden Vertrages außer Kraft tritt.

Geschehen zu Wien, am 20. Juni 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowakischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

Nikolaus Michalek

Für die Slowakische Republik:

Milan Hanzel

ZMLUVA

medzi Rakúskou republikou a Slovenskou republikou o doplnení Európskeho dohovoru o vzájomnej pomoci v trestných veciach z 20. apríla 1959 a uľahčenie jeho vykonávania

Článok I

(k článku 1 Dohovoru)

(1) Pokiaľ táto zmluva nestanoví inak, právna pomoc bude poskytovaná i v konaniach pre činy, ktorých potrestanie v čase, kedy je o právnu pomoc žiadane, patrí v jednom zmluvnom štáte do právomoci súdu a v druhom zmluvnom štáte do právomoci správneho orgánu. Pre právnu pomoc poskytovanú doručením sa nevyžaduje, aby bola v dožiadanej zmluvnom štáte na potrestanie daná právomoc justičného alebo správneho orgánu.

(2) Právna pomoc, o ktorú je žiadane na základe odseku 1, môže byť odmietnutá, ak čin nemal žiadne alebo mal len nepatré následky a náklady spojené s poskytnutím právej pomoci by v pomere k trestu očakávanému v dožadujúcim zmluvnom štáte boli neprimerané.

Článok II

(k článku 1 Dohovoru)

Dohovor a táto zmluva sa použijú tiež

- a) vo veciach obnovy konania;
- b) vo veciach milostí;
- c) v konaniach o nárokoch na odškodenie za neoprávnenú väzbu, iné škody spôsobené trestným konaním alebo za neodôvodnené odsúdenie, pokiaľ sa nemajú použiť ustanovenia iných medzinárodných dohôd.

Článok III

(k článku 2 Dohovoru)

(1) Právna pomoc podľa článku I sa poskytuje aj pri konaniach o činoch, ktorými boli porušené daňové, monopolné, colné alebo devízové predpisy alebo predpisy týkajúce sa hospodárenia s tovarom alebo predpisy zahraničného obchodu. Právna pomoc nesmie byť odmietnutá výlučne z dôvodu, že právo dožiadaneho zmluvného štátu nepozná rovnaké daňové, monopolné, colné alebo devízové predpisy alebo predpisy týkajúce sa hospodárenia s tovarom alebo predpisy zahraničného obchodu ako právo dožadujúceho zmluvného štátu.

(2) Povinnosť dodržiavať tajomstvo vo fiskálnych veciach uvedených v odseku 1 vyplývajúca z právnych predpisov zmluvných štátov nebráni poskytnutiu právej pomoci podľa tohto článku. Okolnosti alebo skutočnosti, s ktorými sa oboznámia justičné alebo správne orgány zmluvného štátu v súvislosti s dožiadanim o právnu pomoc, podliehajú povinnosti dodržiavať tajomstvo vo fiskálnych veciach vyplývajúcej z právnych predpisov tohto zmluvného štátu.

Článok IV

(k článku 3 Dohovoru)

(1) Veci alebo iné majetkové hodnoty pochádzajúce z konania, za ktoré hrozí uloženie trestu, alebo získané takýmto konaním sa budú odovzdávať za účelom vydania poškodenému, ak je to prípustné podľa právneho poriadku dožadujúceho zmluvného štátu a ak

- a) nie je možné ich priame vydanie poškodenému alebo ním poverenej osobe, alebo
- b) nie sú potrebné v dožiadanej zmluvnom štáte ako dôkazné predmety v konaní začatom pred súdom alebo správnym orgánom, alebo
- c) nepodliehajú zabaveniu alebo prepadnutiu v dožiadanej zmluvnom štáte, alebo
- d) neuplatňujú na ne právo tretie osoby.

(2) Pre dožiadanie podľa odseku 1 sa nevyžaduje príkaz súdu na zaistenie veci.

(3) Dožiadany zmluvný štát neuplatní pri odovzdávaní vecí, ak sa vzdal ich vrátenia, záložné colné právo alebo iné vecné ručenie podľa predpisov colného alebo daňového práva, okrem tých prípadov, keď vlastník vecí poškodený trestným činom príslušný poplatok sám dlhuje.

141 der Beilagen

7

Článok V

(k článku 4 Dohovoru)

(1) Zástupcom orgánov činných trestnom konaní ako aj iným účastníkom a ich právnym zástupcom sa na základe dožiadania povolí prítomnosť pri vykonaní úkonov právej pomoci v dožiadanej zmluvnom štáte. Môžu dávať podnety na doplňujúce otázky alebo opatrenia. Článok 12 Dohovoru sa použije primerane.

(2) Pre činnosť zástupcov orgánov druhého zmluvného štátu podľa odseku 1 sa v Rakúskej republike vyžaduje súhlas Spolkového ministerstva spravodlivosti, v Slovenskej republike súhlas Generálnej prokuratúry Slovenskej republiky alebo Ministerstva spravodlivosti Slovenskej republiky.

Článok VI

(k článku 5 Dohovoru)

Právna pomoc formou zaistenia veci alebo prehliadky sa poskytne iba vtedy, ak v čase podania žiadosti o právnu pomoc by bola na konanie pre čin, ktorého sa dožiadanie týka, daná v dožiadanej zmluvnom štáte právomoc justičného orgánu.

Článok VII

(k článku 6 Dohovoru)

Vzdať sa vrátenia vecí alebo listín uvedených v článku 3 odsek 1 Dohovoru nie je v žiadnom prípade možné, ak s tým nesúhlasia tretie osoby, ktoré si na ne uplatňujú práva.

Článok VIII

(k článku 10 Dohovoru)

Článok 10 odsek 2 Dohovoru sa použije na všetky prípady predvolania svedka alebo znalca. Tieto osoby môžu samé žiadať o zálohu podľa článku 10 odsek 3 Dohovoru.

Článok IX

(k článku 11 a 12 Dohovoru)

(1) Ak dožiadany zmluvný štát povolí, aby bola pri vybavovaní dožiadania o právnu pomoc prítomná osoba, ktorá je vo väzbe alebo výkone trestu odňatia slobody na území dožadujúceho zmluvného štátu, musí túto osobu držať vo väzbe po celú dobu jej pobytu na svojom území a po vykonaní úkonu právej pomoci okamžite ju vrátiť späť dožadujúcemu zmluvnému štátu, pokiaľ tento nepožiadal o jej prepustenie.

(2) Ak povolí tretí štát, aby bola pri vybavovaní dožiadania prítomná osoba, ktorá je vo väzbe alebo výkone trestu odňatia slobody na území jedného zo zmluvných štátov, platia pre prevoz takejto osoby územím druhého zmluvného štátu ustanovenia odsekov 2 a 3 článku 11 Dohovoru.

(3) Ustanovenia článku 12 Dohovoru sa použijú na prípady uvedené v predchádzajúcich odsekoch 1 a 2.

Článok X

(k článku 13 Dohovoru)

Dožiadany zmluvný štát zašle informácie z registra trestov vyžiadanej policajnými orgánmi druhého zmluvného štátu pre účely trestného konania v rovnakom rozsahu, v akom by ich v podobných prípadoch mohli obdržať jeho vlastné policajné orgány. Informácie o zahladených (vymazaných) záznamoch sa neposkytujú v žiadnom prípade.

Článok XI

(k článku 14 Dohovoru)

(1) V dožiadani o doručenie sa spolu s údajmi o predmete a účele dožiadania označí aj druh doručovanej písomnosti a postavenie adresáta v konaní.

(2) K dožiadaniu o prehliadku alebo odňatie dôkazných vecí alebo listín sa pripojí jedno vyhotovenie súdneho príkazu alebo jeho overený opis. Pokiaľ nie je možné k takému dožiadaniu pripojiť súdny príkaz alebo jeho overený opis, postačí vyhlásenie príslušného justičného orgánu o tom, že boli splnené predpoklady pre vykonanie tohto opatrenia stanovené právom platným v dožadujúcom štáte.

Článok XII

(k článku 15 Dohovoru)

(1) Pokiaľ táto zmluva nestanoví inak, môžu sa justičné orgány oboch zmluvných štátov stýkať priamo. Dožiadania o právnu pomoc slovenských justičných orgánov sa zasielajú súdom Rakúskej republiky; dožiadania o právnu pomoc rakúskych justičných orgánov sa zasielajú po podaní obžaloby súdom, inak orgánom prokuratúry Slovenskej republiky. Nie je tým vylúčená možnosť sprostredkovania cestou Spolkového ministerstva spravodlivosti Rakúskej republiky na jednej strane a Generálnej prokuratúry Slovenskej republiky alebo Ministerstva spravodlivosti Slovenskej republiky na strane druhej.

(2) Dožiadania o vykonanie prehliadky alebo zaistenia, o zaslanie vecí, o odovzdanie alebo prevoz osôb vo väzbe alebo vo výkone trestu odňatia slobody sa zasielajú prostredníctvom Spolkového ministerstva spravodlivosti Rakúskej republiky a Generálnej prokuratúry Slovenskej republiky alebo Ministerstva spravodlivosti Slovenskej republiky. V naliehavých prípadoch je pripustný priamy styk medzi justičnými orgánmi, avšak jeden opis dožiadania sa zašle aj spôsobom uvedeným v prvej vete tohto odseku.

(3) Písomnosti určené na doručenie iným osobám než obvinenému môžu byť zasielané aj priamo poštou podľa predpisov platných pre poštový styk. Poštou zaslané písomnosti, ktorých doručovanie by podľa Dohovoru a tejto zmluvy nebolo prípustné, budú v oboch zmluvných štátoch považované za nedoručené adresátovi.

(4) Žiadosti uvedené v článku X tejto zmluvy sa zasielajú prostredníctvom Spolkového ministerstva vnútra Rakúskej republiky na jednej strane a Generálnej prokuratúry Slovenskej republiky na strane druhej a rovnakou cestou sa na ne odpovedá. V prípade nebezpečenstva omeškania je prípustný priamy styk medzi policajnými orgánmi a príslušnými orgánmi registra trestov.

(5) Justičné orgány môžu na vykonávanie tejto zmluvy používať dvojjazyčné tlačívá.

Článok XIII

(k článku 16 Dohovoru)

(1) Pokiaľ táto zmluva nestanoví inak, preklady žiadostí zasielaných podľa tejto zmluvy ako aj pripájaných podkladov sa nevyžadujú.

(2) K doručovaným písomnostiam sa pripojí preklad do jazyka dožiadaneho zmluvného štátu vyhotovený a overený úradne menovaným tlmočníkom so sídlom v jednom zo zmluvných štátov. Overenie podpisu tlmočníka sa nevyžaduje.

(3) Ak doručovaná písomnosť nie je opatrená prekladom do jazyka dožiadaneho zmluvného štátu, obmedzí sa dožiadany súd na to, že zariadi doručenie odovzdaním písomnosti príjemcovi, ak je ten ochotný ju priať.

(4) K písomnostiam doručovaným priamo poštou podľa článku XII odsek 3 tejto zmluvy musí byť vždy pripojený preklad do jazyka dožiadaneho zmluvného štátu. Ak k doručovanej písomnosti nebol pripojený preklad do jazyka dožiadaneho zmluvného štátu, bude sa v oboch zmluvných štátoch doručenie považovať za právne neúčinné. Pri doručovaní vlastným štátnym občanom možno od prekladov písomností upustiť.

Článok XIV

(k článku 20 Dohovoru)

Náklady vzniknuté zaslaním vecí za účelom ich vydania poškodenému (článok IV) a odovzdaním alebo prevozom osôb vo väzbe alebo výkone trestu odňatia slobody (článok IX) hradí dožadujúci zmluvný štát.

Článok XV

(k článku 21 Dohovoru)

(1) Na základe trestného oznámenia zasланého podľa článku 21 Dohovoru začnú príslušné orgány v rozsahu právnych predpisov dožiadaneho zmluvného štátu trestné stíhanie rovnakým spôsobom, akoby išlo o čin spáchaný na území ich štátu. Ak v dožiadanej zmluvnej štáte nie je na konanie o činoch proti majetku daná právomoc justičných orgánov, tieto postúpia oznámenie príslušným správnym orgánom. Písomný styk podľa článku 21 Dohovoru sa uskutočňuje medzi prokuratúrami Rakúskej republiky na jednej strane a Generálnou prokuratúrou Slovenskej republiky na strane druhej.

141 der Beilagen

9

(2) Príslušné orgány zmluvného štátu, na území ktorého bol trestný čin spáchaný, prešetria v jednotlivých prípadoch, či je podanie oznámenia podľa článku 21 Dohovoru účelné z dôvodov zistenia pravdy, z iných dôvodov dôležitých pre trestné konanie, z dôvodu výmery trestu alebo výkonu trestu alebo v záujme resocializácie obvineného.

(3) Trestné činy spáchané v doprave sa v dožiadanej zmluvnej štáte posudzujú podľa dopravných predpisov platných na mieste činu.

(4) Žiadosť potrebná pre začatie trestného konania alebo podobné splnomocnenie, ktoré existuje v dožadujúcom zmluvnom štáte, má účinky aj v dožiadanej zmluvnej štáte; žiadosti alebo splnomocnenia vyžadované len právnym poriadkom dožadanej zmluvnej štátu môžu byť predložené dodatočne, v primeranej lehote, ktorú určí príslušný orgán tohto štátu.

(5) Oznámenie má obsahovať stručný popis skutkového stavu veci, ako aj čo najpresnejšie údaje o obvinenej osobe, jej štátom občianstve a mieste jej bydliska alebo pobytu. Jeho prílohou bude:

- a) originál alebo overený opis (kópia) spisov, ako aj prípadné dôkazné predmety;
- b) opis ustanovení o skutkovej podstate a treste, ktoré sa vzťahujú na čin podľa právneho poriadku zmluvného štátu, kde došlo k spáchaniu činu, okrem toho pri dopravných trestných činoch aj opis dopravných predpisov, ktoré sú rozhodné pre ich posúdenie;
- c) prehlásenie poškodeného potrebné pre začatie trestného konania.

(6) Veci a listiny v originále sa vrátia dožadujúcemu zmluvnému štátu len čo to bude možné, pokiaľ sa tento ich vrátenia nevzdá. Práva dožiadanej zmluvnej štátu alebo tretích osôb na zaslané veci zostávajú nedotknuté.

Článok XVI

(k článku 21 Dohovoru)

Justičné orgány dožadujúceho zmluvného štátu upustia od stihania či výkonu rozhodnutia proti obvinenej osobe za oznámený čin

- a) kým je výkon trestu celkom alebo z časti odložený, alebo je odložené rozhodnutie o potrestaní;
- b) ak trest uložený v dožiadanej zmluvnej štáte bol vykonaný, bolo od jeho výkonu upostené, alebo sa jeho výkon premlčal;
- c) ak pre nedostatok dôkazov alebo preto, že čin nie je trestným činom, bolo vynesené právoplatné oslobodzujúce rozhodnutie alebo došlo k úplnému zastaveniu konania.

Článok XVII

(k článku 22 Dohovoru)

(1) Informácie o odsúdeniach sa budú vymieňať najmenej raz za štvrt' roka medzi Spolkovým ministerstvom vnútra Rakúskej republiky a Ministerstvom spravodlivosti Slovenskej republiky.

(2) Zmluvný štát, ktorý zaslal informáciu podľa článku 22 Dohovoru, poskytne na žiadosť druhého zmluvného štátu v jednotlivých prípadoch opisy príslušných rozsudkov a opatrení, ako aj ďalšie údaje potrebné na posúdenie, či musia byť prijaté vnútrosťatne opatrenia.

(3) Písomný styk podľa odseku 2 sa uskutočňuje medzi Spolkovým ministerstvom spravodlivosti Rakúskej republiky na jednej strane a Ministerstvom spravodlivosti Slovenskej republiky na strane druhej.

Článok XVIII

(k článku 24 Dohovoru)

V zmysle tohto Dohovoru sú justičními orgánmi:

- a) v Rakúskej republike: trestné súdy, prokuratúry a Spolkové ministerstvo spravodlivosti.
- b) v Slovenskej republike: súdy, prokuratúry, Generálna prokuratúra a Ministerstvo spravodlivosti.

Článok XIX

(k článku 29 Dohovoru)

Ak jeden zo zmluvných štátov vypovie Dohovor, nadobudne výpoved' účinnosť vo vzťahu medzi Rakúskou republikou a Slovenskou republikou dva roky po doručení oznámenia o vypovedaní Generálnemu tajomníkovi Rady Európy.

10

141 der Beilagen

Článok XX

- (1) Táto zmluva podlieha ratifikácii. Ratifikačné listiny budú vymenené v Bratislave.
- (2) Táto zmluva nadobudne platnosť prvým dňom tretieho mesiaca nasledujúceho po mesiaci, v ktorom boli vymenené ratifikačné listiny.
- (3) Táto zmluva sa uzatvára na dobu neurčitú a zostane v platnosti pokiaľ ju jeden zo zmluvných štátov nevypovie písomne diplomatickou cestou. V takomto prípade zanikne platnosť zmluvy jeden rok odo dňa vypovedania. Platnosť zmluvy zanikne aj bez vypovedania dňom, kedy bude ukončená platnosť Európskeho dohovoru o právej pomoci v trestných veciach z 20. apríla 1959 medzi zmluvnými štátmi tejto zmluvy.

Dané vo Viedni, dňa 20. června 1994 v dvoch pôvodných vyhotoveniach, každé v jazyku nemeckom a slovenskom, pričom obe znenia majú rovnakú platnosť.

Za Rakúsku republiku:

Nikolaus Michalek

Za Slovenskú republiku:

Milan Hanzel

VORBLATT

Problem:

Durch die Ratifikation des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959, (BGBI. Nr. 41/1969), durch die Tschechoslowakische Föderative Republik am 15. April 1992 ist zufolge Artikel 26 dieses Übereinkommens der seinerzeitige Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. November 1982, (BGBI. Nr. 381/1985), weitgehend außer Kraft getreten. Das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen sieht in Artikel 26 Absatz 3 vor, daß die Vertragsparteien Vereinbarungen zur Ergänzung dieses Übereinkommens oder zur Erleichterung seiner Anwendung der darin enthaltenen Grundsätze schließen können. Im Verhältnis zwischen Nachbarstaaten erweist sich das Übereinkommen oft als unnötig formalistisch und schwerfällig. Der Anwendungsbereich der Verträge ist auf Rechtshilfe für strafbare Handlungen beschränkt, die in beiden Vertragsstaaten gerichtlich strafbar sind. Wesentliches Ziel ist die Vereinfachung des Rechtshilfeverkehrs. Die Rechtshilfe wird auch auf strafbare Handlungen ausgedehnt, die in einem der beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit des Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen. Der unmittelbare Verkehr zwischen den österreichischen Gerichten und Staatsanwaltschaften einerseits und den slowakischen Gerichten und Staatsanwaltschaften andererseits wird eingeführt. Auch Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung können unmittelbar zwischen den Staatsanwaltschaften gestellt werden. Zustellungen im Postwege sind ausgeschlossen. Weiters regelt das Übereinkommen nicht, wie die Strafverfolgung wegen strafbarer Handlungen gegen fremdes Vermögen übernommen werden kann, wenn diese strafbaren Handlungen, wie etwa in der Slowakischen Republik möglich, nur in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen.

Ziel:

Die Übertragung der Strafverfolgung hinsichtlich jener Vermögensdelikte, die im ersuchten Staat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen, soll ermöglicht werden.

Inhalt:

Der Rechtshilfeverkehr wird im beschriebenen Umfang ausgedehnt. Die Zustellung von Schriftstücken kann im Wege der Post erfolgen. Die Ausfolgung von Gegenständen an den Geschädigten wird erleichtert.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Keine.

EU-Konformität:

Als bilateraler Vertrag mit einem Nicht-EU-Staat auf einem nicht durch EU-Recht geregelten Sachgebiet ist der Vertrag mit EU-Recht vereinbar.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Der vorliegende Zusatzvertrag mit der Slowakischen Republik zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen ist zum Teil gesetzändernd und zum Teil gesetzesergänzend; er bedarf daher der Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Absatz 1 B-VG. Der Vertrag enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen. Er ist im innerstaatlichen Rechtsbereich unmittelbar anwendbar, die Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Absatz 2 B-VG ist daher nicht erforderlich. Eine Zustimmung des Bundesrats gemäß Artikel 50, Absatz 1, zweiter Satz, B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, geregelt werden.

Das Europäische Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. April 1959 wurde von der Tschechoslowakischen Föderativen Republik am 15. April 1992 ratifiziert (BGBI. Nr. 262/1992). Auf Grund der von der Slowakischen Regierung gegenüber dem Europarat abgegebenen Kontinuitätsklärung ist das gegenständliche Übereinkommen im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik seit 1. Jänner 1993 in Kraft (BGBI. Nr. 178/1993). Der Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20. November 1982 (BGBI. Nr. 381/1985) ist zufolge der Bestimmungen des Artikels 26 des Europäischen Übereinkommens über die Rechtshilfe in Strafsachen weitgehend außer Kraft getreten. Es ist daher zweckmäßig, von der im Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vorgesehenen Möglichkeit eines bilateralen Zusatzvertrages mit der Slowakischen Republik Gebrauch zu machen, wie dies bereits mit Deutschland, der Schweiz, Liechtenstein, Frankreich, Italien und Ungarn geschehen ist.

Durch den vorliegenden Zusatzvertrag, der sich weitgehend an den bereits bewährten Regelungen mit Deutschland und der Schweiz orientiert, wird den besonderen Erfordernissen des Rechtshilfeverkehrs zwischen Nachbarstaaten entsprochen und vor allem den seit der Öffnung der Grenzen im Jahre 1989 enorm angestiegenen Bedürfnissen einer engen Zusammenarbeit zwischen der Republik Österreich und der Slowakischen Republik auf strafrechtlichem Gebiet Rechnung getragen.

Die Slowakische Regierung hat informell mitgeteilt, daß sie in absehbarer Zukunft das Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 17. März 1978 (BGBI. Nr. 296/1983) nicht ratifizieren wird. Die mit diesem Zusatzprotokoll eingeführten Bestimmungen hinsichtlich der Rechtshilfe auch bei fiskalischen strafbaren Handlungen wurden daher in diesem Zusatzvertrag eingearbeitet.

Nach diesem Zusatzvertrag wird Rechtshilfe auch wegen strafbarer Handlungen zu leisten sein, die in einem Vertragsstaat in die Zuständigkeit eines Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen. Die schon bisher bestehenden Regelungen betreffend die Übernahme der Strafverfolgung haben sich in der Praxis bewährt und werden daher weitgehend übernommen. Fällt eine strafbare Handlung gegen fremdes Vermögen nach dem Recht des ersuchenden Staates in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde, so ist der ersuchende Staat verpflichtet, das Strafverfahren vor der Verwaltungsbehörde durchzuführen.

Grundsätzlich stellt die generelle Möglichkeit des unmittelbaren Behördenverkehrs zwischen den Staatsanwaltschaften und den Gerichten beider Staaten eine wesentliche Erleichterung des Rechtshilfeverkehrs dar. Allgemein wird die Zustellung von Schriftstücken im Postwege eingeführt, wobei sich aus dem Zusatzvertrag jene Voraussetzungen ergeben, die die Gültigkeit der Zustellung im Postwege begründen.

Nach Expertengesprächen im Juni 1993 in Preßburg und Vertragsverhandlungen im November 1993 in Wien konnte Einigung über den Text des vorliegenden Zusatzvertrages zum Europäischen

141 der Beilagen

13

Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen erzielt werden. Der Vertrag wurde am 20. Juni 1994 in Wien unterzeichnet.

Die Ratifikation des Vertrages wird auf den Bundeshaushalt keine belastenden Auswirkungen haben.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel I:

Nach dieser Bestimmung ist Rechtshilfe auch in Verfahren wegen strafbarer Handlungen zu leisten, die in einem der beiden Vertragsstaaten in die Zuständigkeit des Gerichtes und im anderen Vertragsstaat in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde fallen. Hinsichtlich der Zustellung von Schriftstücken ist es nicht erforderlich, daß im ersuchten Staat eine Justiz- oder Verwaltungsbehörde zur Verfolgung zuständig wäre. Wegen dieses weiten Anwendungsbereiches wurde eine Klausel eingeführt, die es möglich macht, die Rechtshilfe abzulehnen, wenn die zugrundeliegende Handlung keine oder nur unbedeutende Folgen nach sich gezogen hat oder die Rechtshilfe einen unverhältnismäßig hohen Aufwand nach sich ziehen würde. Dieser Ablehnungsgrund wird schon nach seinen Voraussetzungen nur in äußerst seltenen Ausnahmefällen zum Tragen kommen.

Zu Artikel II:

Das Übereinkommen wird auch in jenen Verfahren angewandt, die mit dem Strafverfahren im unmittelbaren Zusammenhang stehen. Dies betrifft die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Gnadsachen sowie die Verfahren über strafrechtliche Entschädigungsansprüche. Die Bestimmung orientiert sich an Artikel 3 des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 17. März 1978 (BGBI. Nr. 296/1983).

Zu Artikel III:

Die Bestimmung ermöglicht die Rechtshilfe auch wegen fiskalischer strafbarer Handlungen, wie sie auch in Artikel 1 des Zusatzprotokolls zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vorgesehen sind. Die in Absatz 2 vorgesehenen Geheimhaltungspflichten entsprechen der österreichischen Erklärung zu Artikel 1 des genannten Zusatzprotokolls.

Zu Artikel IV:

Diese Bestimmung regelt die Ausfolgung von Gegenständen und anderer Vermögenswerte zum Zwecke der Aushändigung an den Geschädigten oder zu anderen gerichtlichen Verfügungen im ersuchenden Staat. Durch den Begriff „Vermögenswerte“ soll klargestellt werden, daß auch die Übermittlung von Bankguthaben oder Sparbüchern möglich ist, wenn diese aus strafbaren Handlungen herrühren oder durch strafbare Handlungen erlangt worden sind. Die Rechte des ersuchten Staates auf Einziehung oder Verfall (Absatz 1 lit. c) oder die Rechte dritter Personen (Absatz 1 lit. d) bleiben unberührt und schließen eine Übermittlung der Gegenstände aus. Gleichermaßen gilt, wenn die Gegenstände im ersuchten Staat noch als Beweisstücke bei einem Gericht oder bei einer Verwaltungsbehörde benötigt werden (Absatz 1 lit. b). Die Rückstellung von Gegenständen an den Geschädigten soll einfach vor sich gehen, weshalb eine richterliche Anordnung auf Sicherstellung nicht erforderlich ist. Es genügt in der Regel ein Ersuchen der zuständigen Justizbehörde. Die Gegenstände und anderen Vermögenswerte werden auch nicht übergeben, wenn ihre unmittelbare Übergabe an den Geschädigten oder dessen Vertreter möglich ist.

Sachliche Haftungen nach dem Zoll- und Steuerrecht hindern die Rückgabe nur, wenn der Geschädigte selbst Abgabenschuldner ist (Absatz 3).

Zu Artikel V:

Sowohl in Artikel 4 des Übereinkommens als auch in § 59 ARHG ist die Möglichkeit vorgesehen, daß Behördenvertreter und andere Prozeßbeteiligte an den Rechtshilfehandlungen teilnehmen können. Ihnen steht das Recht zu, Fragen oder die Durchführung ergänzender Handlungen anzuregen. Die Zustimmung zur Dienst verrichtung der Behördenvertreter erteilt in der Republik Österreich das Bundesministerium für Justiz und in der Slowakischen Republik die Generalstaatsanwaltschaft oder das Justizministerium (Absatz 2).

Zu Artikel VI:

Sicherstellungen von Gegenständen und Durchsuchungen stellen Eingriffe in die Grundrechte dar. Rechtshilfe in diesen Fällen wird daher nur geleistet, wenn zum Zeitpunkt des Ersuchens für die

zugrundeliegenden strafbaren Handlungen im ersuchten Staat eine Justizbehörde zuständig wäre. Es gilt in diesem Bereich abweichend zu Artikel I der Grundsatz der beiderseitigen gerichtlichen Strafbarkeit.

Zu Artikel VII:

Der ersuchte Staat kann auf die Rückgabe von Beweisstücken und Schriftstücken verzichten. Dadurch sollen aber die Rechte Dritter nicht beeinträchtigt werden, weshalb ein solcher Verzicht unzulässig ist, wenn Dritte, die Rechte an den Beweisstücken oder Schriftstücken geltend gemacht haben, dem Verzicht nicht zustimmen.

Zu Artikel VIII:

Im Fall der Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen ist stets die annähernde Höhe der Entschädigung sowie der Reise- und Aufenthaltskosten anzugeben. Um die Gewährung eines Vorschusses kann neben der ersuchenden Behörde auch der geladene Zeuge oder Sachverständige ersuchen.

Zu Artikel IX:

In Ergänzung zu Artikel 11 des Übereinkommens, der die Möglichkeit der Überstellung eines Häftlings aus den ersuchten Staaten in den ersuchenden Staat vorsieht, ermöglicht diese Bestimmung die Überstellung einer im ersuchenden Staat in Haft befindlichen Person in den ersuchten Staat. Dies kann etwa bei Rechtshilfeersuchen um Gegenüberstellung von Beteiligten oder Durchführung von Lokalaugenscheinen erforderlich werden. Auch ist die Möglichkeit der Durchbeförderung von Häftlingen an einen dritten Staat vorgesehen (Absatz 2).

Zu Artikel X:

Diese Bestimmung ermöglicht es den Polizeibehörden des ersuchenden Staates zum Zwecke der Strafrechtspflege Auskünfte aus dem Strafregister in jenem Umfang zu erteilen, wie sie von eigenen Polizeibehörden in ähnlichen Fällen erlangt werden können. Eine Übermittlung von Strafregisterauskünften zu anderen Zwecken als jenen der Strafrechtspflege ist nicht vorgesehen und kann daher nur nach der in Artikel 13 Absatz 2 des Übereinkommens vorgesehenen Gegenseitigkeit gewährt werden.

Zu Artikel XI:

Diese Bestimmung ergänzt Artikel 14 des Übereinkommens hinsichtlich der den Rechtshilfeersuchen anzuschließenden Unterlagen. Wesentlich ist, daß einem Ersuchen um Durchsuchung oder Sicherstellung von Beweisstücken oder Schriftstücken eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der richterlichen Anordnung beigelegt werden muß. Kann eine solche richterliche Anordnung nicht beigelegt werden, weil etwa in diesem Verfahrensstadium nach dem Recht des ersuchenden Staates gerichtliche Entscheidungen noch nicht erlangt werden können, so genügt die Erklärung der zuständigen Justizbehörde, daß die für diese Maßnahme erforderlichen Voraussetzungen nach dem Recht des ersuchenden Staates vorliegen.

Zu Artikel XII:

Als Geschäftsweg ist grundsätzlich der unmittelbare Verkehr zwischen den Justizbehörden der beiden Vertragsstaaten vorgesehen. Rechtshilfeersuchen der Slowakischen Justizbehörden werden daher den österreichischen Gerichten übermittelt. Rechtshilfeersuchen der österreichischen Justizbehörden sind bis zur Anklageerhebung an die Staatsanwaltschaften der Slowakischen Republik zu richten und nach Anklageerhebung den slowakischen Gerichten zu übermitteln. Dadurch wird aber der Geschäftsweg zwischen dem Bundesministerium für Justiz der Republik Österreich einerseits und der Generalstaatsanwaltschaft oder dem Justizministerium der Slowakischen Republik andererseits nicht ausgeschlossen.

Ersuchen um Vornahme von Durchsuchungen oder Sicherstellungen, um Übermittlung von Gegenständen, um Überstellung oder Durchbeförderung von Häftlingen werden im Wege der Justizzentralstellen übermittelt. In dringenden Fällen kann auch der unmittelbare Behördenverkehr beschritten werden, wobei eine Abschrift dieses Ersuchens auch im Wege der Justizzentralstellen übermittelt wird.

An andere Personen als den Beschuldigten können Schriftstücke unmittelbar durch die Post zugestellt werden. Eine solche Zustellung gilt nach Absatz 3 als nicht bewirkt, wenn die Zustellung nach dem Übereinkommen oder diesem Vertrag nicht zulässig wäre. In beiden Vertragsstaaten gilt dann das Schriftstück den Empfänger als nicht zugekommen. Artikel XIII Absatz 4 sieht als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung vor, daß in jedem Fall den im Postweg zuzustellenden Schriftstück eine Überset-

zung in die Sprache des ersuchten Staates beigelegt werden muß. Fehlt eine solche Übersetzung, so gilt die Zustellung ebenfalls in beiden Staaten als nicht bewirkt. Lediglich bei der Zustellung von Schriftstücken im Postweg an eigene Staatsangehörige kann auf diese Übersetzung verzichtet werden. Wird ein Rückschein benötigt, so ist die Zustellung mittels internationalem Rückschein durchzuführen. Diesbezüglich ist auf Artikel 135 und 136 der Ausführungsvorschrift zum Weltpostvertrag vom 27. Juni 1984 hinzuweisen.

Für die Übermittlung von Auskünften aus dem Strafregister für die Sicherheitsbehörden nach Artikel 10 ist der Geschäftsweg zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich und der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik andererseits vorgesehen. In dringenden Fällen ist auch der unmittelbare Verkehr zwischen den Polizeibehörden und den zuständigen Strafreisterbehörden möglich.

Zu Artikel XIII:

Grundsätzlich werden Übersetzungen der Rechtshilfeersuchen und ihrer Unterlagen nicht angegeschlossen.

Zuzustellenden Schriftstücken ist aber grundsätzlich eine Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates anzuschließen. Wurde diese Vorschrift nicht beachtet, so kann sich die ersuchte Justizbehörde darauf beschränken, die Zustellung an den Empfänger nur zu bewirken, wenn dieser zur Annahme des fremdsprachigen Schriftstückes bereit ist (Absatz 3).

Zu Artikel XIV:

Diese Bestimmung ergänzt Artikel 20 des Übereinkommens dahin gehend, daß auch für weitere Fälle der Rechtshilfe eine Kostentragung durch den ersuchenden Staat vorgesehen wird.

Zu Artikel XV und XVI:

Diese Artikel betreffen die Ergänzung des Artikels 21 des Übereinkommens hinsichtlich der Übernahme der Strafverfolgung. In diesen Fällen verkehren die österreichischen Staatsanwaltschaften mit der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik unmittelbar.

Grundsätzlich wird auf Grund eines Ersuchens um Übernahme der Strafverfolgung von den zuständigen Justizbehörden des ersuchten Staates ein Strafverfahren in gleicher Weise eingeleitet und geführt, als wäre die strafbare Handlung im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates begangen worden.

Für strafbare Handlungen gegen fremdes Vermögen, die nach dem Recht des ersuchten Staates nur Verwaltungsübertretungen sind, sind Sonderregelungen geschaffen worden. Nach slowakischem Recht können diese strafbaren Handlungen auch verfolgt werden, wenn sie im Ausland begangen wurden. Die Behörden des ersuchten Staates werden in diesen Fällen das Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung der zuständigen Verwaltungsstrafbehörde übermitteln, die in gleicher Weise ein Verwaltungsstrafverfahren durchführen wird. Dadurch wird sichergestellt, daß auch bei Eigentumsdelikten in Form von Ladendiebstählen mit geringer Schadenshöhe eine Übernahme der Strafverfolgung durch die Slowakische Republik stattfinden kann.

Wie in § 74 ARHG vorgesehen, soll ein Ersuchen um Übernahme der Strafverfolgung dann gestellt werden, wenn dies im Interesse der Wahrheitsfindung, aus anderen für das Strafverfahren wichtigen Gründen, aus Gründen der Strafzumessung oder des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung geboten ist.

Bei der Beurteilung von Verkehrsstrafsachen sind die am Tatort geltenden Verkehrsregeln zu grunde zu legen. Diese Bestimmung wurde aus dem seinerzeitigen Rechtshilfevertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik übernommen. Die Bestimmungen über das Verbot der Alkoholisierung im Straßenverkehr sind jedenfalls Verkehrsregeln. Die österreichischen Behörden sind bei der Beurteilung des Gesichtspunktes des § 81 Z 2 StGB an eine allfällige, in der Slowakischen Republik bestehende unwiderlegliche gesetzliche Vermutung der Fahruntüchtigkeit bei jeder Form der Alkoholisierung nicht gebunden, da diese Vermutung keine Verkehrsregel im Sinne des Artikels XVI ist. Der geltende strengere Sorgfaltsmaßstab fällt dem Täter erschwerend zur Last.

Artikel XVI begründet eine „ne bis in idem“-Wirkung bei Entscheidungen auf Grund eines Ersuchens um Übernahme der Strafverfolgung. Diese Bestimmung orientiert sich an § 65 Absatz 3 Strafgesetzbuch.

16

141 der Beilagen

Ein Freispruch oder eine endgültige Einstellung im ersuchenden Staat entfaltet nur dann eine „ne bis in idem“-Wirkung, wenn dieser Freispruch oder diese Einstellung aus Beweisgründen oder deshalb erfolgt ist, weil die Tat eine strafbare Handlung nicht begründet.

Zu Artikel XVII:

Der regelmäßige Austausch von Strafnachrichten wird mindestens vierteljährlich zwischen dem Bundesministerium für Inneres der Republik Österreich einerseits und dem Justizministerium der Slowakischen Republik andererseits erfolgen.

Zur Klärung von Eintragungsvoraussetzungen im Strafrechtregister können im Einzelfall Abschriften jener Urteile und Beschlüsse erbeten werden, die im Rahmen des regelmäßigen Strafnachrichtenaustausches mitgeteilt wurden. Dieser Schriftverkehr findet zwischen dem Bundesministerium der Justiz der Republik Österreich und dem Justizministerium der Slowakischen Republik statt.

Zu Artikel XVIII:

Durch diese Bestimmung wird klargestellt, welche Behörden in den Vertragsstaaten als Justizbehörden zu betrachten sind.

Zu Artikel XIX und XX:

Diese Artikel enthalten die üblichen Schlußbestimmungen.